

Schöttler, Peter (Hg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag 1997. ISBN: 3-518-28933-0; 320 S.

**Rezensiert von:** Michael Fahlbusch, Basel

Der 42. Deutsche Historikertag in Frankfurt wird sich in Kürze in seiner wohl brisantesten Sektion mit der Frage befassen, wie sich die deutschen Historiker im Nationalsozialismus verhalten haben. Damit wird eine Debatte fortgeführt, die bereits im Sommer 1997 unter der Leitung von Jürgen Kocka in der „Berliner Arbeitsstelle für vergleichende Gesellschaftsgeschichte“ zu erheblichen Streit geführt hat. Während der „Berliner Debatte“ ist erstmals unter Beteiligung eines Groseseren Fachpublikums erläutert worden, dass prominente Historiker wie Hermann Aubin, Theodor Schieder und Werner Conze aktive Parteigänger des Nationalsozialismus waren. Seitdem ist das Selbstverständnis der „Zunft“ der Historiker schwer erschüttert. Immerhin steht das Renommee bedeutender Fachvertreter auf dem Spiel: Hermann Aubin vertrat von 1953 bis 1958 als Präsident den Verband der Historiker Deutschlands; Theodor Schieder teilte dieses Amt zwischen 1967 und 1972; ihm folgte Werner Conze, der bis 1976 den Vorsitz innehatte. Laut Peter Schöttler, der jetzt einen Sammelband zum Thema „Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft“ vorgelegt hat, sollen die bundesdeutschen Historiker selbst dafür gesorgt haben, dass die Verflechtung zwischen Wissenschaft und Politik im Nationalsozialismus bewusst heruntergespielt worden sei. Bis weit in die 1980er-Jahre hinein, so erklärt Peter Schöttler in seinem Vorwort, herrschte die Auffassung vor, es habe keine nationalsozialistischen Historiker gegeben. Und wenn solche doch zugegeben wurden, so stellte man sie als „wildgewordene Studienräte“ hin, denen der Zugang in die höheren Ränge der „Zunft“ verwehrt geblieben sei, wie Hans Rothfels in den 1960er-Jahren schrieb. Provokativ hebt Schöttler vor, die ältere Forschungsliteratur habe bewusst „desinformiert“.

Die wichtigsten Politikfelder, die von Historikern im Nationalsozialismus begleitet wurden, werden in dem Sammelband ausführlich

behandelt: Dies betrifft die Rechtfertigung der nationalsozialistischen Außen- und Innenpolitik zwischen 1933 und 1938, die ideologische Vorbereitung der ethnischen Säuberung in den besetzten Gebieten in Polen ab 1939 und die Beteiligung an der „Endlösung“ der „Judenfrage“ bis 1945. Dabei bezieht sich Schöttler ausdrücklich auf die Rolle der „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ im Nationalsozialismus. Es handelte sich bei diesem deutsch-österreichischen Wissenschaftsverband um einen Brain-Trust, der grenzüberschreitend auf jeweils regionale Fragen der Bevölkerungspolitik in Frankreich, in Italien und in der Schweiz, in der Tschechoslowakischen Republik und in Polen spezialisiert war. Diesem Forschungsverbund gehörten neben Historikern auch Geografen, Soziologen und Volkskundler an.

Sollten sich die Historiker als Planer, sprich als „Schreibtischtäter“ an den Aktionen zur Ermordung slawischer oder jüdischer Bevölkerungsgruppen beteiligt haben, müsste dies, wie Peter Schöttler mit Recht festhält, Konsequenzen haben. Er fordert ebenso wie der Berliner Publizist und Historiker Goetz Aly, dass sich der Verband der Historiker Deutschlands bei den Opfern der „Endlösung“ entschuldigen müsste. Was bietet aber nun der Aufsatzband, insbesondere Schöttlers eigener Beitrag über die so genannte „Westforschung“ an neuen Quellen und Erträgen, um diese Forderung legitim erscheinen zu lassen? Wichtige bundesdeutsche Historiker bestreiten immerhin, dass Historiker wie Hermann Aubin, Werner Conze, Theodor Schieder und Otto Brunner „Vordenker der Vernichtung“ waren. Wohlwollend urteilten bislang vor allem die „Väter“ der bundesdeutschen Sozialgeschichtsschreibung. Sie haben die „Volksgeschichte“ der 1930er-Jahre als eine „innovative“ Denkschule bezeichnet, die Vorbildliches für die spätere moderne bundesdeutsche Sozialgeschichtsschreibung geleistet haben soll.

Zwischen den Buchdeckeln des Bandes versammeln sich vorwiegend jüngere Historiker, deren Ergebnisse eine Trendwende einläuten. Ingo Haar fragt nach den verschiedenen politischen Gruppierungen innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft zwischen 1929 und 1934. Dabei arbeitet er luzid die politischen Differenzen zwischen den jungkon-

---

servativen Protagonisten der „Volksgeschichte“ und den nationalliberalen Historikern heraus. Haar zeigt, wie das Theorem vom „deutschen Volksboden“ durch eine neue Generation, nämlich von Hans Rothfels und dem Kreis seiner Königsberger Schüler um Erich Maschke, Theodor Schieder und Werner Conze aufgegriffen wurde, um eine neue außenpolitische Staatsdoktrin zu entwickeln. Das neue „Reich“ sollte nicht nur die ehemaligen preußischen Ostgebiete in Westpolen und die alten Staatsgebiete Österreich-Ungarns einbinden, sondern alle Gebiete, wo Deutsche jemals ein Haus oder eine Siedlung errichtet hatten. Die in ihren militanten Männerbünden (Gildenschaften) zusammengeschlossenen Jungakademiker suchten in enger Kooperation mit ihrem Mentor Hans Rothfels nach Wegen, um die Meinecke-Schule politisch zu denunzieren. Nachdem ihr „Gildenbruder“ Theodor Oberländer, der später unter Konrad Adenauer Vertriebenenminister werden sollte, Anschluss an den Nationalsozialismus fand, rückte diese Gruppe unter seiner Schirmherrschaft als NS-Funktionär in den Elitekreislauf der preußischen Geschichtswissenschaft ein. Sie bildeten den personellen Grundstock für die berühmte Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft.

Bernd Faulenbach, der in den 1980er-Jahren mit einem Werk über den politischen Sonderweg der deutschen Geschichtswissenschaft bekannt wurde, verfolgt dagegen eine alte Spur. Seine These lautet: Die deutschen Historiker sind bis 1945 der Ideologie des deutschen Weges aufgesessen. Sie seien von dem Wunsch beseelt gewesen, nicht nur das als „westlich“ denunzierte politische System der Weimarer Republik zu beseitigen, sondern darüber hinaus auch noch eine Revision des Versailler Vertrages zu erwirken. Er bekräftigt hiermit die alte Lesart, die politische Geschichte sei am Untergang der Weimarer Republik allein verantwortlich. Ob der Nestor der Geschichtswissenschaft der 1920er-Jahre, der Berliner Historiker und „Vernunftrepublikaner“ Friedrich Meinecke aber nun als Totengräber der Republik dargestellt werden kann, ist fraglich. Ohne Zweifel stand die Mehrheit der Demokratie fern oder übte sich in einer nostalgischen Verklärung der konstitutionellen Monarchie seit Bismarck. Dass die

politischen Historiker alter Prägung aber seit Anfang der 1930er-Jahre durch die „Volksgeschichte“ bereits seit Mitte der 1920er-Jahre eine mächtige Konkurrenz erhielten, ist bei Haar ausführlich nachzulesen; Faulenbach differenziert in dieser Hinsicht nicht.

Karl-Heinz Roth, der über „Heydrichs Professor“ Hans Joachim Beyer schreibt, zeigt, wie die ethnische Segregation der slawischen und jüdischen Bevölkerung zwischen 1939 und 1945 funktioniert hat: Staatliche Bürokratie, SS und die Historiker des „Volkstums“ sind eine Allianz eingegangen. Anders als Goetz Aly geht Roth aber davon aus, dass Theodor Oberländer nicht ohne weiteres den „Vordenkern der Vernichtung“ zuzurechnen ist. Oberländer soll als Offizier der Wehrmachtsabwehr eine betont imperialistische Ukraine-Politik vertreten haben, die nicht mit den bevölkerungspolitischen Zielen der SS übereingestimmt haben soll. Dass Himmlers Sondereinsatzgruppen auf wissenschaftliche Beratung angewiesen waren, zeigt Roth am Beispiel von Hans Joachim Beyer. Dieser Historiker des „Volkstums“ soll nach Roth zu den Erfindern der „deutschen Volksliste“ gehandelt haben. Es handelte sich um das Register, nach der die ortsansässige Bevölkerung in Polen gegebenenfalls deportiert oder in die deutsche „Volksgemeinschaft“ eingebürgert werden konnte.

Bereits mit der Überschrift seines Aufsatzes über „Otto Brunner - 'Konkrete Ordnung' und Sprache der Zeit“ deutet Gadi Algazi an, dass er ein Denkmal stürzen will. Otto Brunner, einer der Mitherausgeber der „Geschichtlichen Grundbegriffe“, soll mit seinem Standardwerk über „Land und Herrschaft“ im Mittelalter nationalsozialistische Denkfiguren tradiert haben. Algazi zeigt auf, dass der von Brunner an zentraler Stelle verwandte Begriff der „konkreten Ordnung“ aus der nationalsozialistischen Rechtstheorie stammt. Carl Schmitt begründete mit seinem „konkreten Ordnungsdenken“ die Auffassung, dass soziale Gebilde wie Familien, Sippen oder Stände nach ursprünglichen Regeln zusammengehalten würden. Aus dieser Sicht erschien die Gewaltanwendung nicht als eine an Normen gebundene Handlung, sondern war ein Mittel zum Zweck der Aufrechterhaltung von Treue und Gehorsam gegenüber den vorge-

gebenen Autoritäten. Alle gegenwärtigen Versuche, die Otto Brunner in die Nähe der „Annales“-Gründer Marc Bloch und Lucien Febvre rücken, bezeichnet Algazi mit Recht als Geschichtsklitterung. Die Forderung nach einer „histoire totale“, die das Ganze als Zusammenhang verschiedener Aspekte betrachtet, dürfe - so Algazi - nicht mit der „totalitären Geschichtswissenschaft“ verwechselt werden.

Obwohl Algazi weder auf Brunners Biografie noch auf seine führende Rolle als Leiter der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft in Wien eingeht, ist sein Beitrag gelungen. Er zeigt nämlich auf, dass die unmittelbare Generation der Schüler Brunners nach wie vor daran interessiert ist, ursprünglich nationalsozialistische Geschichtswerke als Beiträge der modernen Sozialgeschichtsschreibung auszuweisen. Es ist nur schwer verständlich, warum Algazi Otto Brunner nicht als Historiker der „Volksgeschichte“ gelten lassen will. Hier fehlt Algazi schlicht die Einsicht in die vielfältigen Quellen. Otto Brunner hat zusammen mit dem Wiener Geografen Hugo Hassinger bis 1945 als Leiter der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft die Projekte der österreichischen „Volksgeschichte“ innerhalb der „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ koordiniert. Die politischen und sozialen Bindungen, die Otto Brunner zwischen den Historikern des Volkstums und den Schaltstellen der NS-Diktatur hergestellt hatte, müssen Algazi allerdings verborgen bleiben, weil er in erster Linie einer Begriffsgeschichte verpflichtet ist, die sowohl biografische als auch institutionelle Aspekte aus ihrem Erkenntnisinteresse ausgeblendet hat.

Peter Schoettler erklärt, dass es - analog zur Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft - auch eine zentral organisierte „Westforschung“ gegeben hat. Sie wurde zunächst dazu gebraucht, um der Besetzung des Rheinlandes durch Frankreich „wissenschaftlich“ entgegenzutreten. Diverse Kartenwerke, eine „Stammesgeschichte“ des deutschen Volkes, Gräberfunde von Germanen in Frankreich und sprachwissenschaftliche Studien sollten den Anspruch des deutschen Volkes auf die Grenzterritorien zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland behaupten. Dort, wo Peter Schöttler auf die Gründung neuer For-

schungseinrichtungen, wissenschaftlicher Paradigmen oder konkreter Politikfelder eingeht, bleibt er leider unpräzise. Umso überraschter ist der Leser dann, wenn Schöttler plötzlich auf die Pläne zur „Germanisierung“ von Teilen von Frankreich und Belgien nach 1939 eingeht. Allein die Behauptung, dass Teile Frankreichs ähnlich wie im Osten ethnisch „gesäubert“ und „germanisiert“ werden sollten, müsste eine kleine Sensation provozieren. Schöttler verweist ausdrücklich auf die bislang verschollen geglaubte Denkschrift von Wilhelm Stuckart, der im Reichsministerium des Innern als Mann der SS für Volkstumsfragen und Grenzziehungen verantwortlich zeichnete. Weitere Belege führt er nicht auf, obwohl die Frage der Grenzziehung im Westen durch mindestens drei Denkschriften aus dem Jahre 1940 zu dokumentieren wäre. So muss sich auch Peter Schöttler den Vorwurf gefallen lassen, dass er ähnlich wie Goetz Aly um eines Effektes willen allzu eilig aburteilt.

Trotz des Verdienstes von Schöttler, endlich einmal die Ergebnisse der jüngeren Historiografiegeschichte in einem Band zusammengefasst zu haben, soll die größte Ungereimtheit nicht verschwiegen werden. Es leuchtet nicht ein, warum Peter Schöttler in seiner Eigenschaft als Herausgeber ausgerechnet seinem Mitautor Willi Oberkrome unterstellt, dieser strebe eine posthume Rehabilitierung der Historiker um Hermann Aubin, Werner Conze, Franz Petri und Theodor Schieder an. In seinem Beitrag über das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“, bilanziert Willi Oberkrome doch sehr luzid, wie die Historiker des Volkstums ihre „innovative“ Methoden und Forschungsstrategien verwenden wollten. Oberkrome meint damit die Anwendung von quantifizierenden Methoden und kartografischen Darstellungen im Rahmen einer rassistischen Gesellschaftsordnung. Die Herausforderung dieser Aussage liegt auf der Hand: Einige einflussreiche bundesdeutsche Sozialhistoriker lehnen von sich aus vehement eine Historisierung der „Volksgeschichte“ als Forschungsgegenstand ab. Sie behaupten dagegen, dass die völkischen Historiker nicht an der „Vernichtungspolitik“ beteiligt waren und die deutsche Wissenschaftslandschaft nach 1945 „methodisch“ positiv bereichert hätten. Der Bielefelder

---

der Historiker Willi Oberkrome spricht aber ausdrücklich von einem negativen Erbe der „Volksgeschichte“. Er bescheinigt den Historikern dieser Subdisziplin sogar eine „erkenntnistheoretische Intransigenz und moralisch enthemmte Kreativität“. Tatsächlich wurden die „Verfahrenstechniken“ der Historiker des Volkstums im Bereich der Kartografie und der Statistik, wie Ingo Haar mit seiner noch ungedruckten Hallenser Dissertation zeigen wird, dazu verwandt, um die ethnische Segregation des anvisierten deutschen „Lebensraumes“ in Ostmitteleuropa vorzubereiten.

Was die Beiträge trotz unterschiedlicher Zugänge und analytischer Qualität schon jetzt offen legen, ist die Architektur eines Großforschungsbetriebes, der die nationalsozialistische „Vernichtungspolitik“ wissenschaftlich begleitet hat. Dabei markiert der von Peter Schöttler herausgegebene Sammelband einen tiefen Einschnitt in der deutschen Wissenschaftsgeschichte. Das Kartell des Schweigens, das bisher die deutsche „Ost“- und „Westforschung“ abgedeckt hat, ist durchbrochen. Allein die alte These, die „Volksgeschichte“ sei eins zu eins in die bundesdeutsche Struktur- und Sozialgeschichtsschreibung eingemündet, hinterlässt einen schalen Geschmack. Der Versuch einiger bundesdeutscher Sozialhistoriker, die wissenschaftlichen Verfahrensweisen ihrer ehemaligen „Vätergeneration“ so zu bewerten, als könne man positiv zwischen den methodisch wertvollen Verfahren einerseits und dem negativen Kontext, in dem sie andererseits erprobt und angewandt worden sind, unterscheiden, ist misslungen. Eine solche Apologie erinnert an die „Vergangenheitspolitik“ im posttotalitären Biedermeier.

Es wird immer deutlicher, dass zwischen den zwei Generationen, die anfangs der 1930er-Jahre als Volksgeschichtler den Liberalismus in der deutschen Geschichtswissenschaft zu Grabe getragen hatten, und den Sozialhistorikern, die in den 1960er-Jahren den deutschen „Sonderweg“ beendet hatten, anscheinend ein stillschweigender Vertrag bestanden haben muss. Dieser schloss, und das ist die Ironie der Geschichte, in den 1950er-Jahren die Vertreter der politischen Geschichtsschreibung, die teilweise wie Ger-

hard Ritter und Friedrich Meinecke betonte Nazigegner waren, erneut aus. Nepotismus zwischen Jung und Alt ist auch in modernen Wissenschaftssystemen der notwendige soziale Kitt, um die Gruppenzugehörigkeit zu stärken, Dogmen institutionell abzusichern und konkurrierende Wissenschaftler vom Strom der Ressourcen abzuschneiden. Hiervon abgesehen bleibt eine Frage trotzdem offen: Sollte sich auch die Historikergruppe um Theodor Schieder, Werner Conze, Erich Maschke, Otto Brunner und Hermann Aubin im NS-Regime so etwas wie Planer der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik betätigt haben, so hätte sich dies auch auf die Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik abfärben müssen. Offenbar haben die ehemaligen Historiker des „Volkstums“ ihr Amt missbraucht, um nicht nur ihren Anteil am Projekt der nationalsozialistischen Lebensraumplanung zu bagatellisieren, sondern dieses „Politikfeld“ unisono dem Gegenstandsbereich der Zeitgeschichtsforschung zu entziehen. Es bleibt der spannendste Versuch der gegenwärtigen Wissenschaftsgeschichte, diese Lücken aufzuarbeiten.

Michael Fahlbusch über Schöttler, Peter (Hg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*. Frankfurt am Main 1997. In: H-Soz-u-Kult 08.01.1998.